

**Vierte Ordnung zur Änderung der Rahmenordnung
für den Masterstudiengang mit Ausrichtung auf das Lehramt an Gymnasien und
Gesamtschulen mit dem Abschluss „Master of Education“
an der Westfälischen Wilhelms-Universität
vom 19. September 2007
vom 02.02.2018**

Aufgrund der §§ 64 Abs. 1 und 2, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung des Hochschulzukunftsgesetzes vom 16. September 2015 (GV. NRW, S. 543) hat der Senat der Westfälischen Wilhelms-Universität die folgende Ordnung erlassen:

Artikel I

die Rahmenordnung für den Masterstudiengang mit Ausrichtung auf das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen mit dem Abschluss „Master of Education“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 19. September 2007 (AB Uni 2007/21), zuletzt geändert durch Ordnung vom 15. Februar 2016 (AB Uni 2016/6), wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„Die fächerspezifischen Bestimmungen können vorsehen, dass die Zuständigkeiten gemäß den Absätzen 1 abweichend von diesen Bestimmungen von der Studiendekanin/dem Studiendekan wahrgenommen werden.“

2. In § 13 Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt:

„Die Dekanin/der Dekan/das Dekanat kann die Bestellung der Beisitzerinnen/Beisitzer abweichend davon auf die Prüferin/den Prüfer übertragen.“ Der bisherigen Sätze 2 und 3 werden zu Sätzen 3 und 4.

3. § 13 Abs. 5 wird nach Satz 2 folgender Satz 3 angefügt:

„Abweichend davon können die fächerspezifischen Bestimmungen bestimmen, dass zwei Prüferinnen/Prüfer die Bewertung vornehmen.“ Die bisherigen Sätze 3 bis 6 werden zu Sätzen 4 bis 7.

4. In § 13 Absatz 6 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt:

„Abweichend davon können die Prüfungsordnungen für die Fächer bestimmen, dass zwei Prüferinnen/Prüfer die Bewertung vornehmen.“ Die bisherigen Sätze 2 bis 4 werden zu Sätzen 3 bis 5.

5. In § 13 wird nach Absatz 6a folgender Absatz 6 b eingefügt:

„Soweit diese Ordnung oder die auf ihrer Grundlage erlassenen fächerspezifischen Bestimmungen einschließlich der Modulbeschreibungen schriftliche prüfungsrelevante Leistungen vorsehen, können diese auch softwaregestützt in elektronischer Form durchgeführt und ausgewertet werden.“

6. § 14 erhält folgende Fassung:

„§ 14

Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) Studien- und Prüfungsleistungen, die in dem gleichen Studiengang an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, es sei denn, dass hinsichtlich der zu erwerbenden Kompetenzen wesentliche Unterschiede festgestellt werden. Dasselbe gilt für Studien- und Prüfungsleistungen, die in anderen Studiengängen der Westfälischen Wilhelms-Universität oder anderer Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht worden sind.
- (2) Auf der Grundlage der Anerkennung nach Absatz 1 kann und auf Antrag der/des Studierenden muss in ein Fachsemester eingestuft werden, dessen Zahl sich aus dem Umfang der durch die Anerkennung erworbenen Leistungspunkte im Verhältnis zu dem Gesamtumfang der im jeweiligen Studiengang insgesamt erwerbenden Leistungspunkten ergibt. Ist die Nachkommastelle kleiner als fünf, wird auf ganze Semester abgerundet, ansonsten wird aufgerundet.
- (3) Für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die in staatlich anerkannten Fernstudien, in vom Land Nordrhein-Westfalen mit den anderen Ländern oder dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien, in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen oder in einem weiterbildenden Studium gemäß § 62 HG erbracht worden sind, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.
- (4) Maßstab für die Feststellung, ob wesentliche Unterschiede bestehen oder nicht bestehen, ist ein Vergleich von Inhalt, Umfang und Anforderungen, wie sie für die erbrachte Leistung vorausgesetzt worden sind, mit jenen, die für die Leistung gelten, auf die anerkannt werden soll. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Für Studien- und Prüfungsleistungen, die an ausländischen Hochschulen erbracht worden sind, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Vergleichbarkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.
- (5) Studierenden, die aufgrund einer Einstufungsprüfung berechtigt sind, das Studium in einem höheren Fachsemester aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf die Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt. Die Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfung sind für die Dekanin/den Dekan bindend.
- (6) Auf Antrag können sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen anerkannt werden, sofern diese den Studien- bzw. Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind.
- (7) Werden Leistungen auf Prüfungsleistungen anerkannt, sind ggfs. die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Die Anerkennung wird im Zeugnis gekennzeichnet. Führt die Anerkennung von Leistungen, die unter unvergleichbaren Notensystemen erbracht worden sind, dazu, dass

eine Modulnote nicht gebildet werden kann, so wird dieses Modul nicht in die Berechnung der Gesamtnote mit einbezogen.

(8) Die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen sind von den Studierenden einzureichen. Die Unterlagen müssen Aussagen zu den Kenntnissen und Qualifikationen enthalten, die jeweils anerkannt werden sollen. Bei einer Anerkennung von Leistungen aus Studiengängen sind in der Regel die entsprechende Prüfungsordnung samt Modulbeschreibungen sowie das individuelle Transcript of Records oder ein vergleichbares Dokument vorzulegen.

(9) Zuständig für Anerkennungs- und Einstufungsentscheidungen ist die Dekanin/der Dekan. Vor Feststellungen über die Vergleichbarkeit bzw. das Vorliegen wesentlicher Unterschiede sind die zuständigen Fachvertreterinnen/Fachvertreter zu hören.

(10) Die Entscheidung über Anerkennungen ist der/dem Studierenden spätestens vier Wochen nach Stellung des Antrags und Einreichung aller erforderlichen Unterlagen mitzuteilen. Im Falle einer Ablehnung erhält die/der Studierende einen begründeten Bescheid.“

7. In § 16 wird nach Absatz 2 folgender Absatz 2 a eingefügt:

„Die fächerspezifischen Bestimmungen können vorsehen, dass im letzten zur Verfügung stehenden Versuch einer schriftlichen Prüfung eine mündliche Ergänzungsprüfung durchgeführt wird, wenn die schriftliche Prüfungsleistung vorläufig mit der Note „mangelhaft“ bewertet wurde. Aufgrund der Ergänzungsprüfung wird die Note der schriftlichen Prüfungsleistung auf „ausreichend“ oder „mangelhaft“ festgesetzt. Das Nähere regeln die fächerspezifischen Bestimmungen.“

8. § 21 Absatz 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Als triftiger Grund kommen insbesondere krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit und die Inanspruchnahme von Fristen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes oder die Pflege oder Versorgung des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners oder eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese oder dieser pflege- oder versorgungsbedürftig ist, in Betracht.“

9. In § 21 wird nach Absatz 1 folgender Absatz 1 a eingefügt:

„Sofern die Westfälische Wilhelms-Universität eine Studierende gemäß den Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes nicht im Rahmen ihrer Ausbildung tätig werden lassen darf, ist die Durchführung von Prüfungen unzulässig.“

10. In § 21 Abs. 2, letzter Satz, wird „innerhalb von 14 Tagen“ ersetzt durch „innerhalb von vier Wochen“.

Artikel II

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität (AB Uni) in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 24. Januar 2018. Die vorstehende Ordnung wird hiermit verkündet.

Münster, den 2. Februar 2018

Der Rektor



Prof. Dr. Johannes Wessels